

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Wahrung des Besitzstandes?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1978) : Wahrung des Besitzstandes?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 3, pp. 108-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135165>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Heinz-Dietrich Ortlieb

Wahrung des Besitzstandes?

Wagt jemand heute in der Öffentlichkeit zu verlangen, unser überzogenes System sozialer Leistungen müsse auf die realen Möglichkeiten abgestimmt werden, so wird ihm von einem Stimmensammler aus dem gegnerischen Lager sofort der Vorwurf „sozialer Demontage“ gemacht; und alles bleibt beim alten.

Noch verhängnisvoller wirkt sich die stereotype Forderung auf „Wahrung des Besitzstandes“ aus, die immer häufiger von jedem als sein unantastbares „Recht“ angemeldet wird. Ein solches Recht muß nämlich dazu führen, daß in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik schließlich nichts mehr geht. Das Schlimme ist, daß diese rückständig und kleinbürgerlich anmutende Forderung, die eher einer ständischen als einer modernen dynamischen Gesellschaft angemessen ist, sich nicht bloß auf die Einkommenshöhe, sondern allmählich auf alles Gewohnte bezieht, was als vorteilhaft, angenehm oder bequem empfunden wird, ob es sich z. B. um Arbeitsplatz, Arbeitsweise oder Arbeitsort han-

delt. Anpassung an die Notwendigkeiten der veränderten Situation gibt es nicht mehr; die Umstände haben sich an unsere Wünsche anzupassen, als lebten wir in Alices Wunderland.

Bei manchen Gewerkschaften, die neuerlich besonders gern von Besitzstandswahrung sprechen, scheint darunter sogar die Garantie auf ständige Steigerung der Reallöhne, der Mitgliederzahlen und der Mitbestimmungsrechte verstanden zu werden, und obendrein noch das Verlangen, daß Sozialpartner, Regierung und Wissenschaft dem nicht zu widersprechen haben. Anders ist nicht zu verstehen, daß die Gewerkschaften in ihren Forderungen immer weniger bereit sind, auf unsere weltwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, auf Strukturkrise und Arbeitslosigkeit Rücksicht zu nehmen. Es kann doch nicht im Ernst angenommen werden, daß höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, verlangsamter technischer Fortschritt und Festhalten an lieb gewordenen Gewohnheiten sich mit mehr Arbeitsplätzen und mehr Absatzchancen im Weltmarkt unter einen Hut bringen lassen.

Während des letzten Bundestagswahlkampfes verlangte Heinz Oskar Vetter mit Recht, die Parteien sollten über die Machtkämpfe um die Wählerstimmen das Gemeinwohl nicht aus dem Auge verlieren. Augenscheinlich aber hatte der DGB-Vorsitzende damals nur den Splitter im Auge des Bruders entdeckt; denn seine heutige Solidarisierung mit den überhöhten Forderungen, die ÖTV, IG Metall und IG Druck und Papier durchsetzen wollen, dürfte nichts mit dem Gemeinwohl, aber viel mit innergewerkschaftlichen Machtkämpfen zu tun haben. Ähnlich wie in den Parteien gerät auch die Führung der Gewerkschaften durch ihre Auseinandersetzungen mit radikalen Basisgruppen bei ihren Bemühungen um sachgerechte Entscheidungen immer mehr ins Hintertreffen. Der Vormarsch lin-

ker Intellektueller in den eigenen Organisationen wirkt in gleicher Richtung. Linksprogressive geben immer vor, im Namen und im Interesse der Arbeiter zu sprechen, auch wenn sie mit gewerkschaftlicher Machtpolitik ihren eigenen Aufstieg im Auge haben.

Um nicht als „Kapitalistenknechte“ zu gelten und um nicht vom zur Macht drängenden Nachwuchs überrundet zu werden, sieht sich die Gewerkschaftsführung wider besseres Wissen selbst gezwungen, sich zu Wortführern mit Klassenkampfpapieren und übersteigerten Forderungen zu machen.

Ihr Rückzug auf dem Felde innergewerkschaftlicher Auseinandersetzungen führt zur Flucht in überhöhte Ansprüche nach außen. Der Sozialpartner wird zum Klassenfeind gemacht, der durch ein Verbot der Aussperrung möglichst zu entmachten ist; und Wissenschaftler, die vor dieser Entwicklung warnen, werden zu Helfershelfern des Klassenfeindes degradiert. Darüber vergißt die Gewerkschaftsführung allzu leichtfertig, wie sehr sie erst den Forderungen ihrer radikalen Basisgruppen ausgeliefert wäre, wenn es keine Gefahr der Aussperrung und keine Kritik unabhängiger Sachverständiger mehr gäbe.

Der Bundeskanzler aber irrt, wenn er glaubt, dieser Entwicklung mit verschränkten Armen zusehen zu können. Einer Regierung, die ihre Verantwortung für die Wirtschaftspolitik auf die Sozialpartner abwälzt, fällt das Gesetz des Handelns allzu bald aus der Hand. Damit jedoch der Staat, d. h. Regierung und Opposition, ihre Funktionen voll wahrnehmen können, müssen auch ihre Parteien die „Wahrung ihres Besitzstandes an Wählerstimmen“ als oberstes Ziel aufgeben und um des Gemeinwohls willen wieder etwas zu riskieren bereit sein. Sie werden entdecken, daß dem Volke das Gemeinwohl wichtiger ist als die Machtkämpfe der Besitzstandsdenkler.